

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

13.5.1931 (No. 111)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpeditoren:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Gemeinderat
Nr. 253
und 254
Polizeikommando
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kneub,
Karlsruhe

Wesungpreis: Monatlich 2,25 RM, einschließlich Postgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und vermerkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstaltliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, gleichzeitiger Beitragszahlung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Präsidentenwahl in Frankreich

Briand oder Doumer
Die französische Nationalversammlung, beide Häuser des Parlaments, Kammer und Senat, treten heute, Mittwoch, nachmittags um 2 Uhr in Versailles zur Wahl des neuen Präsidenten der Republik zusammen. Der Kongresssaal, in dem die Wahl stattfindet, diente von 1871 bis 1879 zur Tagung der Nationalversammlung und später auch noch viele Jahre dem französischen Senat. Er wird jetzt nur noch für die Wahl des Präsidenten der Republik benutzt und für den Fall, daß eine Änderung der Verfassung notwendig wird. Die Sitzung wird vom Senatspräsidenten Paul Doumer, der selbst kandidiert, eröffnet. Zunächst werden die Stimmzettelprüfer ausgelost. Hierauf überbringt man dem Präsidenten ein Wörterbuch, in das er, ohne es anzusehen, ein Reisezeichen legt. Er öffnet es dann, um zu bestimmen, bei welchem Buchstaben der Namensaufruf beginnt. Sofort beginnt der Schriftführer, die einzelnen Abgeordneten und Senatoren nach alphabetischer Ordnung aufzurufen, und jeder einzelne steigt auf die Rednertribüne, um dort einen Stimmzettel in die Urne niederzulegen. Der eigentliche Wahlakt dauert etwa 2 Stunden, und die Auszählung etwa 30 Minuten, so daß also das Ergebnis der Wahl gegen 17 Uhr verkündet werden wird. Ist ein zweiter Wahlgang notwendig, so kann man mit dessen Ergebnis kaum vor 20.30 Uhr rechnen, und bei einem eventuellen dritten Wahlgang nicht vor halb 1 Uhr nachts, da anzunehmen ist, daß vor Beginn dieses Wahlganges eine Dinerpause eingelegt werden wird. Sobald der neue Präsident der Republik proklamiert ist, werden ihm in einem besonderen Salon vom Vorsitzenden der Nationalversammlung, den Mitgliedern der Regierung, den Senatoren, den Abgeordneten usw. Glückwünsche überbracht. Begleitet vom Ministerpräsidenten begibt der neue Präsident sich hierauf im Auto nach Paris zurück, um seinem Vorgänger, Doumergue, einen Besuch abzustatten, der bekanntlich offiziell bis zum 13. Juni im Amte bleibt.

Vor der Wahl

W. V. Versailles, 13. Mai. (Tel.) Kurz nach 10 Uhr beginnt die Auffahrt der Parlamentarier zur Präsidentenwahl im Kongresssaal in Versailles. Als einer der ersten erscheint im Saal Senatspräsident Doumer mit den Quästoren des Senats und der Kammer, denen die Aufgabe zufällt, die Verhandlungen zu leiten. In den Wandelgängen in der Galerie des Hauses entwickelt sich bereits ein lebhafter Verkehr. Hunderte von Journalisten versuchen, von Senatoren und Deputierten Einblicke darüber zu erhalten, mit welchen Aussichten Briand in den Wahlgang geht. Voraussetzungen sind nicht möglich, da — wie man erklärt — der Abgeordnete und frühere Minister Sennesi jedenfalls seine Kandidatur aufrecht erhalten wird, und man nicht genau weiß, ob er mehr Paul Doumer oder Briand Abbruch tun wird. Die wenigen Stimmen, auf die er rechnen kann, werden vielleicht die Entscheidung im ersten Wahlgang bringen. Die ausländische Presse wird es schwer haben, ihre Aufgaben zu erfüllen; denn für die Hunderte von Journalisten steht eine Pressetribüne zur Verfügung, auf der knapp 20 Personen Platz finden. Im übrigen zeigt sich in Versailles das bekannte lebhafteste Bild. Vor allem fällt ein starkes Militärangebot für die Abwehrung, die angeblich bis nach St. Cloud durchgeführt werden soll, auf.

Die Haltung der Sozialisten

W. V. Versailles, 13. Mai. (Tel.) Die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren haben heute vormittag im Kongresssaal von Versailles eine kurze Sitzung abgehalten, nach deren Verlauf sie erklärten, daß sie keinen Beschluß gefaßt hätten, und kurz vor 2 Uhr nochmals zusammentreten würden, um über ihre Stellungnahme zu beschließen. Dieses Verhalten der Sozialisten wird in den Wandelgängen des Kongresssaales so gedeutet, daß sie keinen Anlaß zu Wandern der letzten Stunde geben wollen, und daß es als fast sicher anzunehmen ist, daß sämtliche sozialistischen Stimmen für Briand gezählt werden können. Wie verlautet, ist bei der Beratung der sozialistischen Fraktionen auch angeregt worden, daß die sozialistischen Parlamentarier im ersten Wahlgang aus prinzipiellen Erwägungen für den ältesten sozialistischen Abgeordneten Paul Constans als Kandidaten stimmen. Eine Entscheidung über diese Anregung ist in der Vormittagssitzung nicht gefallen.

W. V. Paris, 13. Mai. (Tel.) Die Morgenpresse ergeht sich, je nach ihrer Einstellung, in Prophezeiungen über das Ergebnis der Präsidentenwahl. Einmütig wird festgestellt, daß ein harter Kampf ausgefochten werde. So schreibt „Matin“: Beide Kandidaten sind starke Persönlichkeiten und kommen aus einer langen parlamentarischen Vergangenheit, die ihnen entschlossene Anhänger und treue Freunde im Parlament eingebracht hat, gewichtige Anrechte auf das Amt des Präsidenten herleitet. — Im „Echo de Paris“ fordern die rechtsstehenden Parlamentarier auf, gleich im ersten Wahlgang für den Präsidenten des Senats, Doumer, zu stimmen. — „Petit Parisien“ schreibt: Es handelt sich nicht um eine Schlacht, wie bei den meisten früheren Wahlen, sondern um einen großen Kampf zwischen zwei hochstehenden Persönlichkeiten, die in verschiedener Hinsicht das Mandat, das dem Sieger auf sieben Jahre anvertraut wird, gleich würdig sind. „Le Nouvelliste“ erklärt, man entscheide sich heute nicht mehr für Personen, sondern für oder gegen die Verlebenspolitik.

Letzte Nachrichten

Das Reichskabinett und Genf

W. V. Berlin, 13. Mai. (Tel.) Das Reichskabinett brachte heute unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten seine Beratungen über die Genfer Tagung des Europa-Ausschusses und des Völkerbundesrates zum Abschluß. Über die von der deutschen Delegation in Genf eingenehmene Haltung ergab sich auf Grund der Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen völlige Einmütigkeit. Die Beratungen haben sich über mehrere Tage hingezogen, weil der Verhandlungsstoff diesmal recht umfangreich war und eine Reihe schwieriger Probleme umfaßte. Die deutsche Delegation reist heute nachmittag ab.

Mißerfolg des kommunistischen Volksbegehrens in Thüringen

W. V. Weimar, 13. Mai. (Tel.) Das von den Kommunisten eingeleitete Volksbegehren auf Auflösung des thüringischen Landtages hat keinen Erfolg gehabt. Wie der Landeswahlausschuss heute vormittag feststellte, wurden in den vier Wahlkreisen Thüringens insgesamt 45 275 Stimmen für das Volksbegehren abgegeben. Die Zahl der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl betrug über eine Million, das für das Volksbegehren erforderliche Fünftel der Stimmberechtigten ist also nicht erreicht und somit das Volksbegehren gescheitert.

Die Ereignisse in Spanien

Die Ruhe wieder hergestellt?
W. V. Madrid, 13. Mai. (Tel.) (Agentur Fabra.) Nach Besprechungen mit den Verwaltern der Provinzen von Madrid, Barcelona und Bilbao beschloß der Finanzminister, die Wiedereröffnung dieser Provinzen auf nächsten Montag zu verschieben. In einer Mitteilung an die Presse erklärte der Minister, trotz der letzten Ereignisse hätten die Wertpapierbesitzer die Ruhe nicht verloren und die Banken arbeiteten in normaler Weise. Der Minister fügte hinzu, es seien Vorhaben geplant, um einen Ausrückgang der Wertpapiere herbeizuführen. Diese Maßnahmen seien mit den Ereignissen der letzten Tage in Zusammenhang zu bringen. Der Generalkapitän von Madrid hat in der ganzen Stadt die Truppen besichtigt, die den Patrouillendienst versehen und Klüften bewachen. Die Bevölkerung begrüßte ihn mit begeistertem Beifallssturm. Der Minister des Innern erklärte Pressevertretern, die Ruhe sei in allen Städten wieder hergestellt.

W. V. Granada, 13. Mai. Hier wurden noch weitere Häuser in Brand gesteckt. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt worden. In ganz Andalusien wird die Feindschaft gegen den Marsch von gewissen Elementen zur Anstiftung von Unruhen benutzt. In Cordoba erfolgten Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Aufständischen. Wie verlautet, sollen dort vier Personen getötet und etwa zehn verwundet worden sein, darunter einige schwer.

Bombenattentat in Indien

W. V. Lahore, 13. Mai. (Tel.) Wie aus Amampur gemeldet wird, ist dort eine Bombe explodiert, durch die der Generalsekretär des Kongresskomitees des Bezirkes Amampur getötet und ein Kongressmitglied schwerverletzt wurde. Die Polizei verhaftete ein Mitglied des Kongresses und nahm in den Diensträumen des Kongresskomitees von Gossipur eine Hausdurchsuchung vor.

Notverordnung erst im Juni. Es scheint nunmehr festzustehen, daß die neue Notverordnung des Reichspräsidenten, die die vom Reichskanzler in seiner Gloppeburger Rede angekündigten neuen großen Sparmaßnahmen enthalten soll, in den ersten Tagen des Monats Juni herauskommen wird. Die Notverordnung wird damit also erst nach der Abhaltung des sozialdemokratischen Parteitagess erlassen werden, der bekanntlich am 31. Mai beginnt.

Förderung von landwirtschaftlichen Meliorationen. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand eine Besprechung mit Vertretern der Landesregierungen und der zentralen Meliorationskreditinstitute statt über die Förderung von landwirtschaftlichen Meliorationen, die nach Ansicht der Brauns-Kommission zur Beschäftigung von Arbeitslosen oder für freiwilligen Arbeitsdienst besonders geeignet sind. Es soll zunächst zur Heranziehung von Meliorationskrediten von den vorhandenen Zinsverbilligungsmitteln verflächtigter Gebrauch gemacht werden.

„Graf Zeppelin“ über Berlin

W. V. Berlin, 13. Mai. (Tel.) „Graf Zeppelin“, der heute nacht 11.15 Uhr in Friedrichshafen unter Führung von Kapitän Behmann aufstieg, war, erschien heute früh gegen 8 Uhr über Berlin und führte einige Schleißenfahrten über der Reichshauptstadt aus. Das Schiff nahm dann Kurs nach dem Flugfeld Staaken. Das Luftschiff landete Punkt 7 Uhr in Staaken und machte nach einer Wandrauszeit von 10 Minuten am Anfermst fest, um hier bis 14 Uhr zu verweilen. An Bord befanden sich 9 Passagiere.

Sachliche, staatsbürgerliche Volksaufklärung

W. V. Die Notwendigkeit der sachlichen Aufklärung unseres Volkes über alle Lebensfragen unseres Vaterlandes wird immer mehr anerkannt. Die verantwortlichen Stellen in Reich und Land sind wohl in der Zuerfügungstellung der Mittel hierzu von der schwierigen Finanzlage abhängig; die Sache selbst aber darf nicht vernachlässigt, sondern muß immer intensiver betrieben werden. In einer Zeit der Radikalisierung der Massen durch unverantwortliche Propagandisten muß auch die sachliche Aufklärung lauter werden den je. Unsere Jugend insbesondere muß durch diese Aufklärungsarbeit erfaßt werden, steht sie doch im Alter von 20 Jahren mitten im Bereiche verantwortlicher staatspolitischer Tätigkeit. Die Ausübung des Wahlrechts setzt aber eine klare Urteilsbildung und diese ein bestimmtes Wissen voraus. Man wird zugeben müssen, daß hier eine schwierige Aufgabe zu bewältigen ist. Das Ziel muß sein: Staatsgefinnung zu schaffen und daraus hervorgehend ein Staatsvolk, das das Wahlrecht aus tiefer Verantwortung heraus dem Wohle des Vaterlandes zuwendet.

Die Landesabteilung Baden der Reichszentralstelle für Heimatdienst in Karlsruhe, versendet zur Zeit wieder ihren Jahresbericht, aus welchem die Vielgestaltigkeit der Aufklärungsarbeit und die immer wachsende Bedeutung derselben leicht ersichtlich ist. Den breitesten Raum nimmt die Vortragstätigkeit ein. Sie wurde im letzten Jahre wesentlich ausgebaut. Zu den 88 Wochenendtagungen in den einzelnen Städten kommen 5 Vorkurse, die auf 2 oder 3 Abende gelegt waren. Außerdem wurden 2 staatspolitische Lehrgänge in Karlsruhe und Mastatt veranstaltet, so daß die Zahl von 40 Vortragveranstaltungen erreicht wurde mit insgesamt 88 Vorträgen vor rund 7500 Zuhörern. Erstmals wurde die Wanderschau „Deutscher Lebenswille“ gelegentlich des „Badener Heimattages“ in Karlsruhe in der Ausstellungshalle gezeigt, welche die Entwicklung des deutschen Schaffens in den letzten 12 Jahren veranschaulichte. Über 6000 Besucher, meist aus den Kreisen der Schulen, gingen durch diese Ausstellung. Der Eröffnungssatz der Heimattagsausstellung vollzog sich in den Räumen „Deutscher Lebenswille“, wobei Herr Staatspräsident Dr. Schmitt und Herr Oberbürgermeister Dr. Finter mit Ansprachen auf die Wichtigkeit der Ausstellungen hinwiesen.

Das Lichtbildwesen der Landesabteilung erfreute auch im letzten Jahre eine starke Inanspruchnahme. Konnten doch 506 Lichtbildvorträge in allen Gauen unseres Heimatlandes vor rund 40 000 Zuhörern veranstaltet werden. Das Lichtbild ist wegen der Anschaulichkeit und Eindringlichkeit eines der besten Hilfsmittel bei der ernstesten und sachgemäßen, überparteilichen politischen Bildungsarbeit. Schulen und Vereine aller Art machen immer mehr von der außerordentlich billigen Verwendungsmöglichkeit der Serien- und Bildbänder Gebrauch. Einschließlich der drei Vertrauensleutekonferenzen in Offenburg, Baden-Baden und Karlsruhe, in denen die Möglichkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Landesabteilung und Vertrauensleuten, Organisationen und Behörden erfolgreich besprochen wurden, sind durch die Vortragstätigkeit der Landesabteilung insgesamt rund 54 000 erfaßt worden. Außerdem vermittelte die Landesabteilung den Anlauf von 160 Bildbändern, die ja auch wieder in den Dienst der sachlichen staatsbürgerlichen Bildung gestellt wurden.

Die Zeitschriften „Der Heimatdienst“ sowie die „Nichtlinien“ gingen jeweils an rund 1500 Adressen in Baden. Sie bieten reiches Material auf allen Gebieten des staatsbürgerlichen und staatspolitischen Wissens und Arbeitens. Über 31 000 Einladungen, 8000 Rundschreiben, 10 000 Flugblätter wurden zum Versand gebracht und ein Briefwechsel von 2800 Eingängen und 3400 Ausgängen erledigt.

Die Zusammenarbeit mit der Presse erstreckte sich auf 50 Artikel, welche rund 45 Zeitungen regelmäßig zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem erscheint seit März dieses Jahr ein sog. „Nebendienst“, der zahlreichen Interessenten zugeht.

Die Bücherei der Landesabteilung wurde sehr oft kostenlos benützt. Über das Ergebnis einer Umfrage bezüglich des staatsbürgerlichen Wissens in den Kreisen arbeitsloser Angehöriger hat der Leiter der Landesabteilung in der Nummer 133 der „Karlsruher Zeitung“ vom 4. Juni 1930 eingehend berichtet. Auch diese Umfrage bewies, wie dringend notwendig die staatsbürgerliche Erziehung und Bildung ist.

Die Landesabteilung dankt in ihrem Jahresbericht allen Mitarbeitern für ihre treue und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der staatsbürgerlichen Volksaufklärung und knüpft daran den Wunsch, daß der Eifer für diesen Dienst am Volke nie erlahmen, sondern immer lebendiger werden möge.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 40. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Inkrafttreten des Milchgesetzes

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstagabend mit der Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes und einer ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes. Die Ausschüsse haben vorgeschlagen, das Milchgesetz mit Ausnahme des § 38 am 1. Januar 1932 in Kraft zu setzen, da die erforderlichen Ausführungsbestimmungen der Länder noch längere Zeit in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig mit dem Milchgesetz in Kraft treten müssen. Nach § 38 sind die obersten Landesbehörden ermächtigt, Erzeugerbetriebe und Milch verarbeitende Betriebe zur Abfahregelung zusammenzuschließen. Diese Ermächtigung soll schon am 15. Mai in Kraft treten. Alle schon bestehenden Milchhandelsbetriebe sollen neu konfessioniert werden; sie sollen nur vom Nachweis einer bestimmten Umsatzmenge befreit sein, wenn sie den Betrieb schon seit Verkündung des Milchgesetzes am 8. August 1930 ausgeübt haben. Eine Reihe von Übergangsbestimmungen bringt Erleichterungen für die Übergangszeit, sowohl für Milchhandelsbetriebe, wie für die Landwirte, die für Milchabgabe einer Konzeption bedürfen. Alle diese Milchhändler und Landwirte sind bis um 1. April 1932 weiter zugelassen; die Frist kann verlängert werden.

In der Ausführungsverordnung werden in den Begriffsbestimmungen für Milch und Milchzeugnisse folgende vier Milchsorten aufgeführt: Vollmilch, Kinder- oder fettarme Milch, Markenmilch, Vorzugsmilch. Auch zubereitete Milch gilt nicht als Milch im Sinne des Gesetzes, und besonders also die pasteurisierte Milch.

Kurze Nachrichten

Ruhrverhandlungen endgültig gescheitert. Die Ruhrverhandlungen über den Rohmateriallieferungsanspruch für den Ruhrbergbau, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind nun endgültig gescheitert. Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

„Nationalsozialistischer Parlamentsdienst“ verboten. Auf Grund des § 5, Ziffern 1 und 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930, hat der Berliner Polizeipräsident die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „Nationalsozialistischer Parlamentsdienst — NSDP“ einschließlich der Kopfschlätter mit sofortiger Wirkung bis zum 10. Juni 1931 einschließlich verboten. Das Verbot umfasst auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Dr. Goebbels zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wegen Verleumdung des Professors Dr. Niebenjahn von der Technischen Hochschule, der in einem von Dr. Goebbels verantwortlich gezeichneten Flugblatt als Sohn eines Getreidejuden bezeichnet worden war, zu 5000 M. Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis, den Drucker Fündes zu 150 M. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis.

Kommunistischer Bürgermeister zu Gefängnis verurteilt. In Zweibrücken wurde am Montag als letzter Fall der Firmasener Bombenaffäre gegen den 3. Bürgermeister von Firmasens und Führer der dortigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei, Heinrich Schreiber, und den Fabrikarbeiter Hermann Kersten aus Firmasens verhandelt. Schreiber wurde zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf die Dauer von 5 Jahren, verurteilt. Kersten erhielt 10 Monate Gefängnis. Beide waren angeklagt, die ihnen bekannte Tatsache, daß in kommunistischen Kreisen Bomben hergestellt wurden, nicht angezeigt zu haben.

Acht Staatsmänner rufen zur Fortführung des Werkes Nansen. Anlässlich des Todesjubiläum von Fridtjof Nansen, der sich am heutigen 13. Mai zum ersten Male jährte, richtet ein Komitee von acht führenden europäischen Staatsmännern einen Appell an die Öffentlichkeit, in dem um die Beschaffung eines Fonds zur Fortführung der von Nansen begonnenen Flüchtlingsfürsorge gebittet wird. Der Appell ist unterzeichnet von Masaryk, Rowntree, Briand, Lord Cecil, Dr. Curtius, Grandi, Henderson und Venizelos.

Untersuchung gegen polnische Geistliche. Die Behörden in Katowice haben gegen einige Geistliche in Myslowitz, Sorau und Paulsdorf wegen angeblicher deutschfeindlicher Handlungen in der Kirche eine Untersuchung eingeleitet. Es wird ihnen auch zum Vorwurf gemacht, den Separatismus propagiert und gegen Polen gehetzt zu haben.

„Der Ideengehalt von Wagners Ring des Nibelungen“

Vortrag im Karlsruher Frauenklub.

Obwohl die Zeichen der Zeit laut genug dafür sprechen, daß die Konjunkturen von Wagners Gesamtwerk wieder stark im Steigen begriffen ist und diesem von neuem die absolute Vorrangstellung im deutschen Musikschaffen zusichert, ist es doch nicht unwillkommen, wenn dem Publikum oft recht rudimentären Kenntnissen über den tieferen Ideengehalt seiner Musikdramen gelegentlich durch eine zusammenhängende Darstellung nachgeholfen wird. Es war daher ein großes Verdienst der hiesigen Ortsgruppe des Richard-Wagner-Vereins deutscher Frauen, daß sie zu einer diesbezüglichen Betrachtungsweise des „Ring des Nibelungen“ ihre Mitglieder aufzuforderte; nicht minder wertvoll war es aber auch, als Redner zu dem Thema gerade Prof. Dr. A. Drews zu hören, der sich in mehrfachen Schriften und Vorlesungen schon so wiederholt und eingehend mit der Ideenwelt dieses Geistesheroen und seiner Zeitgenossen auseinandergesetzt hat, daß er heute wie nur wenige die ganze gewaltige Materie vollkommen beherrscht.

Nun hätte allerdings die Gefahr, die bei strengen Mademieren oder gar bei Philosophen leider häufig an der Tagesordnung ist, sehr wohl bestehen können, daß durch den Anprall der vielen so bewältigenden Ideen die Aufnahmefähigkeit der Hörer auf eine allzu harte Probe gestellt werde, daß sie zwar mit einer ungeheuren Wissensmenge überfüllt würden, daß aber am Ende des anderthalbstündigen Vortrages der Zuwachs an wichtigem Gedankengut unausbalanciert und somit der positive Gewinn gering bliebe. Doch nichts davon trat ein, dank der methodisch ungemein klaren Darlegung des Stoffkomplexes, dank auch der weisen Beschränkung des Redners auf nur Haupt- und Grundsätzliches. Er begann zunächst historisch mit einem kurzen Hinweis auf jenen Dresdener Entwurf des Jahres 1848, der sich „Siegfrieds Tod“ nennt und streifte dann alle bedeutenden Bindungen von diesem Grundplan aus. Sie waren ja nicht nur dadurch bedingt, daß das einstige Anfangswerk sich durch den Vorbau der drei anderen allmählich zum Schlußglied wandelte, sondern vielsach weitergehende Änderungen rief vor allem Wagners neue, der Philosophie Feuerbachs nachgebildete und näher verwandte Weltanschauung hervor. Wohl blieb der Kerngedanke, daß der Nibelungenhort Sinnbild des Kapitalismus sei, daß demzufolge die Macht des Besitzes gebrochen und der Fluch, der jedem Eigentum anhaftet, erst beseitigt werden müsse, bevor

Tagung der Wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmerverbände Badens

Einigkeit aller Erwerbszweige tut not — Mahnung zur Geduld — Zinsentzugsaktion der badischen Regierung angekündigt

Am Dienstag wurde in Karlsruhe im Hotel „Germania“ die alljährlich stattfindende Tagung der Wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmerverbände Badens, in der Industrie, Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe zusammengeschlossen sind, abgehalten, zu der sich auch der Landtagspräsident, die Präsidenten der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion Karlsruhe und Mitglieder des Landtags eingefunden hatten.

Der Vorsitzende, Präsident Lenel, Mannheim, bedauerte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Staatspräsident durch seine Erkrankung verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen und wies auf das verlorene katastrophale Wirtschaftsjahr hin, wie es sich seit dem Ruhrkampf nicht mehr gezeigt habe. Zu dem wirtschaftlichen Niedergang sei auch der politische getreten. Das Ergebnis der Wahlen im September 1930 sei in jeder Hinsicht tief zu bedauern, einmal weil die Zerstückelung eine ungeheure Zunahme zu verzeichnen hat, und zum anderen, weil das für uns unbedingt notwendige Vertrauen des Auslandes stark beeinträchtigt worden ist. Gegen diese schädigenden Einwirkungen können wir uns nur mit Erfolg wehren, wenn wir uns zur Einigkeit zusammenschließen. Wäre die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände noch nicht gegründet, so müßte ihre Gründung sofort erfolgen, denn sie strebt dem Ziele der Einigkeit zu. Nur wenn die einzelnen Berufsstände sich gegenseitig ihre Nöte offenbaren und untereinander dafür verständnis wachen, Achtung und Vertrauen zueinander zu gewinnen, ist es möglich, gegen Nöte und Schwierigkeiten anzukämpfen. So sind wir uns in zehnjährigem Zusammenarbeiten einander nähergekommen. Auch im kommenden Jahre wollen wir diese vertrauensvolle Zusammenarbeit fortführen in der Erwartung, der Not Herr werden zu können, damit die deutsche Wirtschaft und vor allem die badische, wenigstens etwas emporgehoben werden kann (Beifall).

Für das der Vereinigung zugehörnde badische Handwerk sprach der Vizepräsident der Mannheimer Handwerkskammer, Schneider, darstellend, in welcher schwerer Krise sich das Handwerk befindet. Es sei feststehend, daß alle Berufsstände auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen seien. Heute sei die Lage derart, daß eine große Anzahl von Betriebsunternehmern der Fürsorge anheimgefallen seien. Deshalb gehe es nicht länger an, die Landwirtschaft durch Zollschutz in so hohem Maße allein zu unterstützen. Sämtliche Gewerbetreibende seien notleidend und bedürften der Hilfe. Mit den Bestrebungen der Vereinigung sei auch das Handwerk einverstanden.

Die dritte Gruppe, die Landwirtschaft, kam durch den Präsidenten des Badischen Genossenschaftsverbandes, Keibel, zu Wort. Einigkeit herrsche in der Auffassung, daß es allen Erwerbsgruppen schlecht gehe. Das Wirtschaftsbarmeter habe einen Tiefstand erreicht, der auf Sturm deute. Doch müsse man auch zur Geduld mahnen. Was Krieg, Inflation und Deflation in wenigen Jahren an Zerstörung angerichtet haben, kann nicht in der gleichen Zeitspanne wieder gutgemacht werden, nur viele Jahre angelegentlicher Arbeit und Sparsamkeit können uns wieder in die Höhe bringen. Vor einem Irrtum sei zu warnen: mit der Selbsthilfe allein geht es nicht! Einen gewissen Zollschutz muß die Landwirtschaft genießen. Selbsthilfe und Umstellung allein werden einen gewissen Zollschutz für die Landwirtschaft nie ganz ersetzen können. Präsident Keibel schloß mit der Erklärung, daß auch die Landwirtschaft die Zusammenarbeit in der Wirtschaftlichen Vereinigung pflegen werde.

Namens des Staatspräsidenten überbrachte Ministerialrat Keller die Grüße der Regierung und machte dabei die interessante Mitteilung, daß die badische Regierung versuchen wolle, ein Abkommen zwischen verschiedenen Kreditinstituten zu erreichen, um eine Zinsentzug für die ganze badische Wirtschaft herbeizuführen.

Im folgenden hörten die Teilnehmer der Jahresversammlung einen Vortrag des Direktors der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Engelberg, über die Zinsbildung. Der

Redner betonte, daß die vermeintliche Unsicherheit der Kapitalanlage in Deutschland gegenwärtig das Entscheidende für die Zinshöhe in Deutschland ist. Die bedeutendste Aufgabe der Regierung und Wirtschaft sei demnach, die Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft, eine Aufgabe, die sich gerade die gegenwärtige Regierung Bränning gestellt habe, wofür die Wirtschaft ihr besonders dankbar sein müsse. Da diese Arbeit aber eine sehr langwierige sei, müsse nach Wegen gesucht werden, um schon jetzt schlimmsten Schäden zu begegnen. Sowohl die deutsche wie die Weltwirtschaft hätten eine Reihe solcher Maßnahmen schon eingeleitet (Wohnungsbauwirtschaft, Stahlfabrik, Kustentrebite, WZB in Basel u. a.). Wenn auch heute nicht gesagt werden könne, daß diese Versuche gelingen werden, oder gar alle von Erfolg begleitet seien, so mühten sie doch als ein bedeutsamer Notbehelf angesehen werden. Der Redner wies dann darauf hin, daß nach vielen Richtungen hin sich die Wirtschaft neu orientieren müsse. In der Wirtschaft, sowohl national wie international gesehen, müsse neben dem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt auch das ethische Moment stärkere Berücksichtigung finden. Nur wenn es gelinge, diesen Gedankengängen in der Wirtschaftspolitik Eingang zu verschaffen, werde es möglich sein, den kommenden großen Aufgaben in Politik und Wirtschaft gerecht zu werden.

Präsident Lenel ergänzte die Darlegungen des Vortragenden mit dem Hinweis, daß auch die Politik direkt und indirekt ein außerordentliches Maß von Verantwortung trage und viel dazu beitragen könne, unsere Misere zu mildern. Ohne Vertrauen sei aber nichts zu erreichen.

Damit fand die Tagung ihren Abschluß.

Kleine Chronik

In Quadragh (Aheinland) hat der Wohlfahrtsvereinsvorsitzende Hoffen, Vater von 7 Kindern, zwei seiner Kinder, Mädchen im Alter von 8 und 14 Jahren, mit einem Beil den Kopf gespalten. Nach der Tat flüchtete er das Haus in Brand und erhängte sich. Hoffen hatte bereits vor zwei Jahren seine Familienangehörigen mit Totschlägen bedroht und einen Brand verursacht, für den er 2 Jahre Gefängnis erhielt.

Der Fürst zu Inn- und Knipphausen wurde Dienstag vormittag im Park seines Schlosses Lüttesburg bei Norden (Ostfriesland) tot aufgefunden. Es ist möglich, daß der Fürst über das Jagdgewehr gestolpert ist, oder daß er, der lange lungenleidend ist, Selbstmord begangen hat. Der Fürst stand im 55. Lebensjahr und führte bis vor einem Jahre den Posten im Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland.

Bei Courtrai geriet ein belgisches Militärflugzeug 200 Meter über dem Erdboden in Brand. Die beiden Offiziere, die sich in dem Flugzeug befanden, verbrannten.

Im Haag wurde der Direktor der Niederländisch-indischen Zuckerrum, der Millionär und Zuckermagnat Schaaijer, der seit Samstag der vergangenen Woche vermisst worden war, in einem Lagerhaus in einer Kiste ermordet aufgefunden. Er war mit Chloroform betäubt worden. Die beiden Täter sind bereits von der Polizei verhaftet worden. Sie haben die Mordtat eingestanden. Es handelt sich nach ihren Angaben um einen Erpressungsversuch.

Das englische Luftfahrtministerium teilt mit, daß sich bei Ketheradon ein Flugzeugunglück ereignete, bei dem der Militärflieger Merriman ums Leben kam, während sein Begleiter unverletzt blieb. Die Zahl der seit Jahresbeginn tödlich verunglückten englischen Militärflieger erhöht sich somit auf 42.

Der amerikanische Rekordflieger Franks M. Gault, der am Dienstag um 12 Uhr in London startete, traf um 2:55 Uhr, also nach noch nicht drei Stunden, auf dem Tempelhofer Flughafen in Berlin ein, hat also die rund 1000 Kilometer lange Luftstrecke mit 330 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde zurückgelegt.

Der japanische Prinz Takamatsu und seine Gattin, die vor einiger Zeit auch in Deutschland sich aufhielten, besuchten dieser Tage abends die Magaratale, die aus diesem Anlaß festlich illuminiert wurden. Sehr groß war nun die Enttäuschung des offiziellen Vertreters des Landes, als das japanische Prinzenpaar erklärte, den Wasserfall zu illuminieren sei ebenso überflüssig, wie eine Blume zu bemalen.

In dem Dorfe Schimanashi auf Hokkaido (Jago) geriet ein Lichtspieltheater in Brand. 16 Personen kamen in den Flammen um, 30 wurden verletzt. Das Feuer verbreitete sich und zerstörte weitere 16 Häuser.

Aus solch gedrängtem Referat mag immerhin erhellen werden, daß Drens nicht nur eindringlich bemüht war, die Erinnerung an eine der größten Schöpfungen der Vergangenheit in unserer schnelllebigen Zeit wachzuhalten, sondern daß sein Bestreben zugleich deren aktivistischer Erneuerung galt, insofern an der Schwelle der Gegenwart stets noch die gleichen Begriffe kultureller Differenzierung die Kurve des Werbens und Vergehens deutlich machen.

10 Jahre Südwestdeutsche Lichttechnische Gesellschaft. Die Südwestdeutsche Lichttechnische Gesellschaft Karlsruhe kann in diesem Jahre ihr 10jähriges Bestehen feiern. In der letzten Vorstandssitzung wurde der Beschluß gefaßt, lichttechnische Kurse für weitere Kreise mit Unterstützung des Lichttechnischen Instituts zu veranstalten. Es soll dazu auch die Mitwirkung des Badischen Landesgewerbeamts herangezogen werden. Ähnliche Kurse im vergangenen Jahre haben sich stets allgemeiner Beliebtheit erfreut.

Die Bad. Gesellschaft für Eugenik veranstaltet am 19. Mai in Karlsruhe eine größere öffentliche Kundgebung. Vormittags 11 Uhr, hält Herr Prof. Dr. Eugen Fischer (Berlin) einen Sonderortrag über den heutigen Stand der Erblehre und Eugenik für Behördenvertreter, Lehrerschaft, Geistlichkeit, Richter und Standesbeamte. Abends 8 Uhr findet eine öffentliche Versammlung statt, zu der kindliche Jugendorganisationen gebeten sind. Die Gesellschaft erstrebt die Verbreitung der Ergebnisse der menschlichen Erblichkeitsforschung und die Bekämpfung der Erbkrankheiten.

Eine Entschleunigung zur Einschränkung der Kulturents. In einer Entschleunigung, in der auf der Hauptversammlung der Tagung des Reichsverbandes deutscher Zeitschriftenverleger in Berlin zu der bedrohlichen allgemeinen Einschränkung der Kulturentscheidung Stellung genommen wurde, wird auf die bedrohlichen Folgen des Vorgehens der verantwortlichen Stellen hingewiesen und gefordert, daß Reich, Länder und Gemeinden die Gefahr abwenden und auch die nachgeordneten Stellen von Einschränkungen auf diesem Gebiet als von einer unrichtigen Punkte angelegten Sparjamkeit abraten.

Darmstädter Generalintendant nach Berlin berufen. Die Städtische Oper Berlin wählte in ihrer Aufsichtsstellung den Generalintendanten Prof. Ebert in Darmstadt zum Intendanten der Berliner Städtischen Oper.

Ernung eines deutschen Gelehrten. Universitätsprofessor Dr. Ritter von Bayer, der bekannte Heidelberger Orthopäde, ist von der Britischen Orthopädischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied ernannt worden.

